

# Mitteilungsblatt

## Amtliches Bekanntmachungsblatt

des Amtes Südangeln und der Gemeinden Böklund, Brodersby, Goltoft, Havetoft, Idstedt, Klappholz, Neuberend, Nübel, Schaalby, Stolk, Struxdorf, Süderfarenstedt, Taarstedt, Tolck, Twedt und Uelsby



**Nr. 38**

**Böklund, 23. September 2016**

**10. Jahrgang**

### Inhalt

### Seite

Bekanntmachung der Abstimmungsbekanntmachung über einen Bürgereinscheid am 09. Oktober 2016 in der Gemeinde Brodersby zur Frage: „Sind Sie für eine Vereinigung der Gemeinden Brodersby und Goltoft zur Gemeinde Brodersby-Goltoft?“	393 – 394
Bekanntmachung der Abstimmungsbekanntmachung über einen Bürgerentscheid am 09. Oktober 2016 in der Gemeinde Goltoft zur Frage: „Sind Sie für eine Vereinigung der Gemeinden Brodersby und Goltoft zur Gemeinde Brodersby-Goltoft?“	395 - 396
Bekanntmachung über die Sitzung der Gemeindevertretung Twedt am 05. Oktober 2016	397 – 398
Bekanntmachung des 6. Nachtrags zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die zentrale Abwasserbeseitigung der Gemeinde Struxdorf vom 16. September 1997	399
Bekanntmachung der Satzung über die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Uelsby (Abwasserbeseitigungssatzung)	400 – 415
Bekanntmachung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die zentrale Abwasserbeseitigung der Gemeinde Uelsby vom 21. September 2016	416 - 422
Bekanntmachung der Sitzung des Kindergartenausschusses für die ev. Kindertagesstätte Schaalby am 28. September 2016	423
Bekanntmachung über die Sitzung des Jugend-, Kultur- und Touristikausschusses der Gemeinde Brodersby am 06. Oktober 2016	424
Bekanntmachung über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Kultur und Sport der Gemeinde Struxdorf am 28. September 2016	425

Das Mitteilungsblatt erscheint am Freitag jeder Woche, sofern Veröffentlichungen vorliegen. Fällt das Erscheinungsdatum auf einen Feiertag, so erscheint das Mitteilungsblatt am davor liegenden Werktag.

Das Mitteilungsblatt ist beim Amt Südangeln zu folgenden Bezugsbedingungen erhältlich:  
Abonnement: Vierteljährlich 12,50 Euro einschließlich Porto.  
Einzelbezug: Durch Abholung bei der Amtsverwaltung zu 0,50 Euro pro Ausgabe.

Das Mitteilungsblatt ist auch als PDF-Datei unter <http://amt-suedangeln.de/mitteilungsblatt> abrufbar.

# Abstimmungsbekanntmachung

1. **Am Sonntag, dem 09. Oktober 2016,**  
**findet in der Gemeinde Brodersby ein Bürgerentscheid statt**  
**zur Frage:**

**„Sind Sie für eine Vereinigung der Gemeinden Brodersby und Goltoft zur Gemeinde Brodersby-Goltoft?“**

**Die Abstimmung dauert von 8:00 bis 18:00 Uhr.**

2. Die Gemeinde bildet 1 Abstimmungskreis, der gleichzeitig Abstimmungsbezirk sowie Briefabstimmungsbezirk ist. Das Abstimmungslokal wird im

**MarktTreff, Schleidörfer Straße 11, 24864 Brodersby**

eingrichtet.

In den Abstimmungsbenachrichtigungen, die den Abstimmungsberechtigten in der Zeit

vom 

06.09.2016
------------

 bis 

17.09.2016
------------

übersandt worden sind, sind der Abstimmungsbezirk und der Abstimmungsraum angegeben, in dem die oder der Abstimmungsberechtigte abzustimmen hat.

3. Abstimmungsberechtigte können nur in dem Abstimmungsraum des Abstimmungsbezirks abstimmen, in dessen Abstimmungsverzeichnis sie eingetragen sind.

Die Abstimmenden werden gebeten, die Abstimmungsbenachrichtigung und ihren Personalausweis oder Reisepass zur Abstimmung mitzubringen. Die Abstimmungsbenachrichtigung soll bei der Abstimmung abgegeben werden.

Abgestimmt wird mit amtlichen Abstimmungszetteln, die im Abstimmungsraum ausgegeben werden. Die oder der Abstimmende gibt die Stimme jeweils in der Weise ab, dass sie oder er auf dem Abstimmungszettel durch ein in ein Quadrat gesetztes Kreuz oder anders eindeutig kenntlich macht, ob die JA-Stimme oder die NEIN-Stimme gelten soll.

Der Abstimmungszettel muss von der oder dem Abstimmenden in einer Abstimmungszelle des Abstimmungsraumes oder in einem besonderen Nebenraum gekennzeichnet und so zusammengefasst werden, dass sein Inhalt verdeckt ist.

4. Die Abstimmungshandlung sowie die Ermittlung und Feststellung des Abstimmungsergebnisses im Abstimmungsbezirk sind öffentlich. Jede Person hat Zutritt, soweit das ohne Störung des Abstimmungsgeschäftes möglich ist.
5. Abstimmende, die einen Abstimmungsschein haben, können an der Abstimmung
  - a) durch Stimmabgabe im Abstimmbezirk oder
  - b) durch Briefabstimmung teilnehmen.

Wer durch Briefabstimmung abstimmen will, muss sich von dem Gemeindeabstimmungsleiter der Gemeinde Brodersby im Amt Südangeln 7, 24860 Böklund, einen amtlichen

Abstimmungszettel, einen amtlichen Abstimmungsumschlag sowie einen amtlichen Abstimmungsbriefumschlag beschaffen und den Abstimmungsbrief mit dem Abstimmungszettel (im verschlossenen Abstimmungsumschlag) und dem unterschriebenen Abstimmungsschein so rechtzeitig an den Gemeindeabstimmungsleiter der Gemeinde Brodersby im Amt Südangeln, Toft 7, 24860 Böklund, absenden, dass er dort spätestens am Abstimmungstag bis 18.00 Uhr eingehen kann. Der Abstimmungsbrief kann auch bei der angegebenen Stelle abgegeben werden.

Wer erst am Abstimmungstag, dem 09.10.2016, den Abstimmungsbrief abgeben will, muss dafür sorgen, dass dieser bis 18:00 Uhr dem Abstimmungsvorstand im Abstimmungslokal im MarktTreff, Schleidörfer Straße 11, 24864 Brodersby, zugeht.

Näheres ergibt sich aus dem Merkblatt für die Briefabstimmung, das jede oder jeder Briefabstimmende mit den Briefabstimmungsunterlagen erhält.

6. Jede abstimmungsberechtigte Person kann ihr Abstimmungsrecht nur einmal und nur persönlich ausüben. (§ 5 Abs. 4 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes)

Brodersby, den 23. September 2016

Der Gemeindeabstimmungsleiter  
gez. Bernd Blohm

# Abstimmungsbekanntmachung

1. **Am Sonntag, dem 09. Oktober 2016,  
findet in der Gemeinde Goltoft ein Bürgerentscheid statt  
zur Frage:**

**„Sind Sie für eine Vereinigung der Gemeinden Brodersby und Goltoft zur  
Gemeinde Brodersby-Goltoft?“**

**Die Abstimmung dauert von 8:00 bis 18:00 Uhr.**

2. Die Gemeinde bildet 1 Abstimmungskreis, der gleichzeitig Abstimmungsbezirk sowie Briefabstimmungsbezirk ist. Das Abstimmungslokal wird im

**Café „CaféZeit“, Teichstraße 4, 24864 Goltoft**

eingrichtet.

In den Abstimmungsbenachrichtigungen, die den Abstimmungsberechtigten in der Zeit

vom

06.09.2016

bis

17.09.2016

übersandt worden sind, sind der Abstimmungsbezirk und der Abstimmungsraum angegeben, in dem die oder der Abstimmungsberechtigte abzustimmen hat.

3. Abstimmungsberechtigte können nur in dem Abstimmungsraum des Abstimmungsbezirks abstimmen, in dessen Abstimmungsverzeichnis sie eingetragen sind.

Die Abstimmenden werden gebeten, die Abstimmungsbenachrichtigung und ihren Personalausweis oder Reisepass zur Abstimmung mitzubringen. Die Abstimmungsbenachrichtigung soll bei der Abstimmung abgegeben werden.

Abgestimmt wird mit amtlichen Abstimmungszetteln, die im Abstimmungsraum ausgehändigt werden. Die oder der Abstimmende gibt die Stimme jeweils in der Weise ab, dass sie oder er auf dem Abstimmungszettel durch ein in ein Quadrat gesetztes Kreuz oder anders eindeutig kenntlich macht, ob die JA-Stimme oder die NEIN-Stimme gelten soll.

Der Abstimmungszettel muss von der oder dem Abstimmenden in einer Abstimmungszelle des Abstimmungsraumes oder in einem besonderen Nebenraum gekennzeichnet und so zusammengefasst werden, dass sein Inhalt verdeckt ist.

4. Die Abstimmungshandlung sowie die Ermittlung und Feststellung des Abstimmungsergebnisses im Abstimmungsbezirk sind öffentlich. Jede Person hat Zutritt, soweit das ohne Störung des Abstimmungsgeschäftes möglich ist.
5. Abstimmende, die einen Abstimmungsschein haben, können an der Abstimmung
  - a) durch Stimmabgabe im Abstimmbezirk oder
  - b) durch Briefabstimmung teilnehmen.

Wer durch Briefabstimmung abstimmen will, muss sich von dem Gemeindeabstimmungsleiter der Gemeinde Goltoft im Amt Südangeln, Toft 7, 24860 Böklund, einen amtlichen Abstimmungszettel,

einen amtlichen Abstimmungsumschlag sowie einen amtlichen Abstimmungsbriefumschlag beschaffen und den Abstimmungsbrief mit dem Abstimmungszettel (im verschlossenen Abstimmungsumschlag) und dem unterschriebenen Abstimmungsschein so rechtzeitig an den Gemeindeabstimmungsleiter der Gemeinde Goltoft im Amt Südangeln, Toft 7, 24860 Böklund, absenden, dass er dort spätestens am Abstimmungstag bis 18.00 Uhr eingehen kann. Der Abstimmungsbrief kann auch bei der angegebenen Stelle abgegeben werden.

Wer erst am Abstimmungstag, dem 09.10.2016, den Abstimmungsbrief abgeben will, muss dafür sorgen, dass dieser bis 18:00 Uhr dem Abstimmungsvorstand im Abstimmungslokal im Café „CaféZeit“, Teichstraße 4, 24864 Goltoft, zugeht.

Näheres ergibt sich aus dem Merkblatt für die Briefabstimmung, das jede oder jeder Briefabstimmende mit den Briefabstimmungsunterlagen erhält.

6. Jede abstimmungsberechtigte Person kann ihr Abstimmungsrecht nur einmal und nur persönlich ausüben. (§ 5 Abs. 4 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes)

Goltoft, den 23. September 2016

Die Gemeindeabstimmungsleiterin  
gez. Carmen Marxsen



Gemeinde Twedt \* Postfach 11 52 \* 24858 Böklund

Mitteilungsblatt

Toft 7, 24860 Böklund

☎ Amtsverwaltung 04623 78-0  
Telefax 04623 78-400

☎ Bürgermeister 04622 189 227  
0162 978 06 33

Böklund, den 22.09.2016

## Einladung

zu einer **Sitzung der Gemeindevertretung Twedt**

---

**Sitzungstermin: Mittwoch, 05.10.2016, 20:00 Uhr**

**Ort, Raum: Bürgerhaus, Alte Landstraße 7, 24894 Twedt**

---

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Bericht des Bürgermeisters
4. Berichte der Ausschussvorsitzenden
5. Einfacher Bebauungsplan Nr. 4 "Windpark Twedt"  
hier: Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen  
Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher  
Belange, der Nachbargemeinden und die Anregungen privater  
Personen, Satzungsbeschluss **VO/2016/0715**  
BE: Herr Christian Pogoda, Büro Claussen-Seggelke
6. Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Alt-Tolkschuby"  
hier: Entwurfs- u. Auslegungsbeschluss, Beschluss über die Beteiligung  
der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange **VO/2016/0716**  
BE: Herr Christian Pogoda, Büro Claussen--Seggelke
7. Beratung und Beschlussfassung über die Aufhebungssatzung zur  
Gebührensatzung zur Satzung über den Anschluss an die öffentliche  
Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit  
Wasser der Gemeinde Twedt **VO/2016/0564**
8. Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben gem. § 82  
Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) **VO/2016/0718**

9. Verschiedenes

**Voraussichtlich nichtöffentlicher Teil**

10. Grundstücksangelegenheiten

**Öffentlicher Teil**

11. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Mit freundlichem Gruß

gez. Alexander Schmidt  
Bürgermeister

## 6. Nachtrag

### **zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die zentrale Abwasserbeseitigung der Gemeinde Struxdorf vom 16.09.1997**

Aufgrund der §§ 4 und 17 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO), der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) – jeweils in der zur Zeit geltenden Fassung – wird nach Beschlussfassung der Gemeindevertretung der Gemeinde Struxdorf vom 21.09.2016 folgende 6. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung vom 16.09.1997 erlassen:

#### **§ 1**

§ 4 Gebührensatz erhält folgende Fassung:

Die Schmutzwassergebühr für die Grundstücke, die an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen sind, setzt sich zusammen aus:

- a) monatliche Grundgebühr: 17,50 € / pro Grundstück
- b) Zusatzgebühr: 2,00 € / cbm Schmutzwasser.

#### **§ 2**

Inkrafttreten

Die Satzung tritt zum 01.10.2016 in Kraft.

Struxdorf, den 21.09.2016

(Siegel)

gez. Dieter Thiesen

Dieter Thiesen  
Bürgermeister

Veröffentlicht im Mitteilungsblatt des Amtes Südangeln

Nr. \_\_\_\_\_ vom \_\_\_\_\_.\_\_\_\_.2016 Seite \_\_\_\_\_

# SATZUNG

## über die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Uelsby (Abwasserbeseitigungssatzung)

Aufgrund der §§ 4, 27 und 28 der der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 28.02.2003 (GVOBl. 2003, Seite 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.07.2015 (GVOBl. S. 200) i.V.m. § 30 und 31 des Landeswassergesetzes Schleswig-Holstein (LWG) in der Fassung vom 11.02.2008, zuletzt geändert am 16.03.2015 (GVOBl. S. 96) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 12.09.2016 folgende Satzung erlassen:

### INHALTSÜBERSICHT

#### **I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen**

- § 1 Allgemeines
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Berechtigter und Verpflichteter
- § 4 Anschluss- und Benutzungsrecht
- § 5 Begrenzung des Anschlussrechts, Ausschluss der Abwasserbeseitigung
- § 6 Begrenzung des Benutzungsrechts
- § 7 Anschluss- und Benutzungszwang
- § 8 Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang
- § 9 Anzeige, Anschlussgenehmigung, Abnahmeverfahren

#### **II. Abschnitt: Besondere Bestimmungen für zentrale Abwasseranlagen**

- § 10 Anschlusskanal
- § 11 Grundstücksentwässerungsanlage
- § 12 Überwachung der Grundstücksentwässerungsanlage
- § 13 Sicherung gegen Rückstau
- § 14 Indirekteinleiterkataster

#### **III. Abschnitt: Besondere Vorschriften für die Entleerung der Hauskläranlagen**

- § 15 Hauskläranlagen

#### **IV. Abschnitt: Schlussvorschriften**

- § 16 Maßnahmen an der öffentlichen Abwasseranlage
- § 17 Anzeigepflichten
- § 18 Altanlagen
- § 19 Vorhaben des Bundes und des Landes
- § 20 Befreiungen
- § 21 Haftung
- § 22 Ordnungswidrigkeiten
- § 23 Abgaben
- § 24 Datenverarbeitung
- § 25 Übergangsregelung
- § 26 Inkrafttreten

## **I. Abschnitt Allgemeine Bestimmungen**

### **§ 1 Allgemeines**

- (1) Die Gemeinde betreibt nach Maßgabe dieser Satzung zur Beseitigung des in ihrem Gebiet anfallenden Abwassers eine selbständige Einrichtung zur zentralen Abwasserbeseitigung. Das Satzungsgebiet ergibt sich aus dem Anlageplan, der Bestandteil der Satzung ist.
- (2) Die Abwasserbeseitigung umfasst die Behandlung des in die Abwasseranlagen eingeleiteten Abwassers.
- (3) Die Gemeinde schafft die für die Abwasserbeseitigung erforderlichen Anlagen und Einrichtungen und die Klärteichanlage mit dem öffentlichen Kanalnetz (Abwasseranlage). Die Gemeinde kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Anlagen und Einrichtungen Dritter in Anspruch nehmen oder die Abwasserbeseitigung ganz oder teilweise durch Dritte vornehmen lassen.
- (4) Zur Abwasseranlage gehören auch:
  1. die Anschlusskanäle vom Straßenkanal bis zur Grundstücksgrenze,
  2. Gräben und solche Gewässer, die aufgrund der vorgeschriebenen wasserrechtlichen Verfahren Bestandteil der Abwasserbeseitigungsanlage geworden sind,
  3. die von Dritten errichteten und unterhaltenen Anlagen und Einrichtungen, wenn sich die Gemeinde ihrer zur Abwasserbeseitigung bedient und zu ihrer Unterhaltung beiträgt.
- (5) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlagen sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Verbesserung und Sanierung bestimmt die Gemeinde im Rahmen der ihr obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht.
- (6) Ein Rechtsanspruch auf Herstellung, Erweiterung oder Änderung öffentlicher Abwasseranlagen besteht nicht.

### **§ 2 Begriffsbestimmungen**

- (1) Die Abwasserbeseitigung im Sinne dieser Satzung umfasst das Sammeln, Fortleiten, Behandeln und Einleiten von Abwasser.
- (2) Abwasser ist Wasser, das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch verunreinigt oder sonst in seinen Eigenschaften

verändert ist oder das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Grundstücken abfließt.

- (3) Zur zentralen Abwasseranlage gehört das gesamte öffentliche Entwässerungsnetz einschließlich aller technischen Einrichtungen, wie z. B.
1. das gemeinsame Kanalnetz für beide Abwasserarten (Mischsystem) und die Anschlusskanäle,
  2. alle Einrichtungen zur Behandlung des Abwassers, wie z. B. Klärteichanlage und Regenklärbecken und ähnliche Anlagen, die im Eigentum der Gemeinde stehen, sowie von Dritten hergestellte und unterhaltene Anlagen, deren sich die Gemeinde bedient und zu deren Unterhaltung sie beiträgt.
- (4) Die zentrale öffentliche Abwasseranlage endet mit dem Grundstücksanschluss. Grundstücksanschluss ist der Anschlusskanal von dem Abwasserkanal (Sammler) bis zur Grenze des zu entwässernden Grundstücks. Bei Hinterliegergrundstücken endet der Grundstücksanschluss ebenfalls an der Grundstücksgrenze des trennenden oder vermittelnden Grundstücks.
- (5) Grundstücksentwässerungsanlagen sind Einrichtungen, die der Sammlung, Speicherung, Vorbehandlung, Prüfung und Ableitung des Abwassers in Gebäuden und auf Grundstücken bis zur öffentlichen Abwasseranlage dienen. Dazu gehören insbesondere die Hauskläranlage und die Leitungen, die im Erdbereich oder im Fundamentbereich verlegt sind und das Abwasser dem Anschlusskanal zuführen.
- (6) Öffentliche Abwasseranlagen haben den Zwecke, das im Gemeindegebiet anfallende Abwasser zu sammeln, den Abwasseranlagen zuzuleiten und zu behandeln.  
Öffentliche Abwasseranlagen sind insbesondere die öffentlichen Kanäle und die Klärteichanlage sowie offene und geschlossene Gräben, soweit sie der öffentlichen Abwasserbeseitigung dienen und keine Gewässer im Sinne des Landeswassergesetzes sind.  
Zu den öffentlichen Abwasseranlagen gehören auch die Grundstücksanschlüsse im Bereich der öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen bis zur Grundstücksgrenze.
- (7) Grundstück im Sinne der Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im bürgerlich-rechtlichen Sinne. In Ausnahmefällen ist es zulässig, kleinere Grundbuchgrundstücke des-/derselben Eigentümer(s)/in beitragsrechtlich zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzufassen oder ein großes Grundbuchstück in mehrere wirtschaftliche Grundstückseinheiten aufzuteilen.
- (8) Befinden sich auch dem Grundstück mehrere zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmte Gebäude, so können für jedes dieser Gebäude die für Grundstücke maßgeblichen Vorschriften dieser Satzung angewandt werden; die Entscheidung hierüber trifft die Gemeinde.

### **§ 3**

#### **Berechtigter und Verpflichteter**

- (1) Berechtigter und Verpflichteter im Sinne dieser Satzung ist der Grundstückseigentümer. Die Rechte und Pflichten des Grundstückseigentümers gelten entsprechend für die Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigten, Erbbauberechtigten und für Inhaber eines auf dem Grundstück befindlichen Gewerbebetriebes. Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

### **§ 4**

#### **Anschluss- und Benutzungsrecht**

- (1) Jeder Eigentümer eines Grundstücks, welches im Gemeindegebiet gelegen ist, das in § 1 Abs. 1 näher beschrieben ist, ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung berechtigt, von der Gemeinde zu verlangen, dass sein Grundstück an die bestehende öffentliche Abwasseranlage angeschlossen wird, wenn es durch betriebsfertige Abwasserkanäle mit Anschlusskanälen zu seinem Grundstück erschlossen ist. Bei anderen Grundstücken kann die Gemeinde auf Antrag den Anschluss zulassen, wenn der Grundstückseigentümer sich verpflichtet, die tatsächlich entstehenden Kosten zur Herstellung eines betriebsfertigen Grundstücksanschlusses zu tragen. (Anschlussrecht).
- (2) Nach der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusskanals hat der Anschlussberechtigte vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung das Recht, die auf seinem Grundstück anfallenden Abwässer in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten bzw. dieser zuzuführen, wenn und soweit nicht anderweitige Rechtsvorschriften die Einleitung oder Zuführung einschränken oder verbieten (Benutzungsrecht).

### **§ 5**

#### **Begrenzung des Anschlussrechts, Ausschluss der Abwasserbeseitigung**

- (1) Das Anschlussrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die an einem betriebsfertigen öffentlichen Abwasserkanal angeschlossen werden können. Dazu muss der öffentliche Anschlusskanal in unmittelbarer Nähe des Grundstücks oder auf dem Grundstück verlaufen. Die Gemeinde kann den Anschluss auch in den anderen Fällen zulassen, wenn hierdurch das öffentliche Wohl nicht beeinträchtigt wird.
- (2) Die Gemeinde kann mit Zustimmung der Unteren Wasserbehörde den Anschluss ganz oder teilweise widerruflich oder befristet versagen, wenn
1. das Abwasser wegen seiner Art oder Menge nicht zusammen mit den in den Haushaltungen anfallenden Abwässern beseitigt werden kann,
  2. eine Übernahme des Abwassers technisch nicht möglich oder wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht vertretbar ist.

(3) Das Abwasser darf nur den dafür bestimmten Leitungen zugeführt werden.

## **§ 6 Begrenzung des Benutzungsrechts**

(1) In die öffentliche Abwasseranlage darf nur Abwasser eingeleitet werden, das so beschaffen ist, dass dadurch nicht

1. die Anlage oder die mit ihrem Betrieb Beschäftigten gefährdet,
2. die Möglichkeit einer Verwendung des Klärschlammes beeinträchtigt,
3. der Betrieb der Abwasserbehandlung erheblich erschwert oder
4. die Funktion der Abwasseranlage so erheblich gestört werden kann, dass dadurch die Anforderungen an die Einleitungserlaubnis nicht eingehalten werden können.

Diese Beeinträchtigungen können insbesondere ausgehen von

1. Stoffen, die die Leitung verstopfen können,
2. feuergefährlichen, explosiven oder radioaktiven Stoffen,
3. Abwasser, das schädliche Ausdünstungen verbreitet,
4. Abwasser, das die Baustoffe der öffentlichen Abwasseranlage angreift oder die biologischen Funktionen schädigt.

(2) Insbesondere dürfen nicht eingeleitet werden

1. Grund-, Quell- und unbelastetes Drainwasser,
2. Schutt, Asche, Glas, Sand, Müll, Küchenabfälle, Treber, Hefe, Borsten, Lederreste, Fasern, Kunststoffe, Textilien, grobes Papier u. ä. (diese Stoffe dürfen auch in zerkleinertem Zustand nicht eingeleitet werden),
3. Kunstharz, Lacke, Latexreste, Zement, Kalkhydrat, Gips, Mörtel, flüssige und später erhärtende Abfälle sowie Bitumen und Teer und deren Emulsionen,
4. Jauche, Gülle, Mist, Silagesickersaft, Blut und Molke; Kaltreiniger, die chlorierte Wasserstoffe enthalten oder die die Ölabscheidung verhindern;
5. feuergefährliche, explosive, giftige, fett- oder ölhaltige Stoffe, wie z. B. Benzin, Heizöl, Schmieröl, tierische und pflanzliche Öle und Fette einschließlich des durch diese Stoffe verunreinigten Waschwassers;

6. Säuren und Laugen (zulässiger pH-Bereich 6,5-9), chlorierte Kohlenwasserstoffe, Phosgen, Schwefelwasserstoff, Blausäure und Stickstoffwasserstoffsäure sowie deren Salze; Kerbide, die Azethylen bilden; ausgesprochen toxische Stoffe;
  7. Abwasser, das einem wasserrechtlichen Bescheid nicht entspricht;
  8. Abwasser, dessen chemische und physikalische Eigenschaften über den allgemeinen Richtwerten für die wichtigsten Beschaffenheitskriterien der Anlage 1 des Arbeitsblattes A 115 der Abwassertechnischen Vereinigung (ATV) in der jeweils gültigen Fassung liegt.
- (3) Abwasser mit radioaktiven Inhaltsstoffen darf nur eingeleitet werden, wenn es der Zweiten Strahlenschutzverordnung vom 13. Oktober 1976 (BGBl. I, Seite 114) – insbesondere § 46 Abs. 3 – entspricht.
  - (4) Die Gemeinde kann im Einzelfall Mengen- und Frachtgrenzen festlegen. Sie kann das Benutzungsrecht davon abhängig machen, dass auf dem Grundstück eine Vorbehandlung oder eine Rückhaltung und dosierte Einleitung des Abwassers erfolgt.
  - (5) Betriebe, in denen Benzin, Benzol, Öle, Fette oder Stoffe aus einem in der Indirekteinleitungsverordnung beschriebenen Herkunftsbereich ins Abwasser gelangen können, haben nach Aufforderung durch die Gemeinde Vorrichtungen zur Abscheidung dieser Stoffe aus dem Abwasser zu betreiben (Abscheider). Für Art und Einbau dieser Abscheider sind die geltenden DIN-Vorschriften maßgebend. Das Abscheidegut ist in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften zu entsorgen und darf an keiner anderen Stelle dem Abwassernetz zugeführt werden.
  - (6) Die Benutzung ist ausgeschlossen, soweit die Gemeinde von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist.
  - (7) Die Gemeinde kann befristete, jederzeit widerrufliche Befreiungen von den Anforderungen der Absätze 2 bis 5 erteilen, wenn sich andernfalls eine nicht beabsichtigte Härte für den Verpflichteten ergäbe und Gründe des öffentlichen Wohls der Befreiung nicht entgegenstehen, insbesondere die technischen Voraussetzungen gegeben sind.
  - (8) Die Gemeinde ist jederzeit berechtigt, Abwasseruntersuchungen vorzunehmen. Die Kosten für die Untersuchungen trägt der Anschlussnehmer, falls sich herausstellt, dass ein Verstoß gegen Absätze 1 bis 5 vorliegt, andernfalls die Gemeinde.
  - (9) Bei Änderungen der Zusammensetzung des Abwassers hat der Anschlussnehmer auf Verlangen die Einhaltung der Absätze 1 bis 5 nachzuweisen.

## **§ 7**

### **Anschluss- und Benutzungszwang**

- (1) Jeder Eigentümer eines bebauten Grundstücks ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, sein Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen, sobald Abwasser auf dem Grundstück anfällt und dies durch eine Straße erschlossen ist, in der ein betriebsfertiger Abwasserkanal mit Anschlusskanal zu seinem Grundstück vorhanden ist (Anschlusszwang). Mit der ortsüblichen Bekanntgabe der betriebsfertigen Herstellung der Abwasserkanäle durch die Gemeinde wird der Anschlusszwang für die betroffenen Grundstücke wirksam.
- (2) Der Anschlussnehmer ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, das gesamte auf dem Grundstück anfallende Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungszwang).
- (3) Bei Neu- und Umbauten muss der Anschluss vor der Benutzung der baulichen Anlage hergestellt sein. Ein Anzeige- und Abnahmeverfahren nach § 9 ist durchzuführen.
- (4) Wird der öffentliche Abwasserkanal erst nach der Errichtung einer baulichen Anlage hergestellt, so ist das Grundstück binnen vier Wochen anzuschließen, nachdem durch öffentliche Bekanntmachung oder Mitteilung an den Anschlussberechtigten angezeigt ist, dass das Grundstück angeschlossen werden kann. Eine Abnahme nach § 9 Abs. 3 ist durchzuführen.
- (5) Soweit die Voraussetzungen nach den Absätzen 1 und 2 vorliegen, hat der Eigentümer eines Grundstücks, auf dem sich eine Kleinkläranlage oder abflusslose Grube befindet, sein Grundstück an die Einrichtungen zum Abfahren des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes und des in abflusslosen Gruben gesammelten Schmutzwassers anzuschließen (Anschlusszwang). Er ist verpflichtet, das auf seinem Grundstück anfallende Schmutzwasser in die Grundstückskläranlage einzuleiten und es der Gemeinde bei Abholung zu überlassen (Benutzungszwang).
- (6) Den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes hat der Anschlussnehmer spätestens eine Woche vor der Außerbetriebnahme des Anschlusses dem Amt Südangeln mitzuteilen. Diese verschließt die Anschlussleitung auf Kosten des Anschlussnehmers, wenn dies erforderlich ist.

## **§ 8**

### **Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang**

- (1) Bei der zentralen öffentlichen Abwasseranlage kann die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang auf Antrag gewährt werden, wenn der Anschluss des Grundstückes für den Grundstückseigentümer unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls unzumutbar ist und die Befreiung wasserwirtschaftlich unbedenklich ist. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Aufforderung zum Anschluss bei der Gemeinde zu stellen. Wird die Befreiung ausgesprochen, besteht für das Grundstück hinsichtlich der

Schmutzwasserbeseitigung die Verpflichtung zum Anschluss und zur Benutzung der Grundstückskläranlage im Sinne von § 7 Abs. 6.

- (2) Die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang kann unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs oder befristet ausgesprochen werden.
- (3) Die Zustimmung der zuständigen unteren Wasserbehörde ist erforderlich.

## **§ 9**

### **Anzeige, Anschlussgenehmigung, Abnahmeverfahren**

- (1) Die Herstellung oder Änderung von Anschlussleitungen und -einrichtungen sowie von Grundstückskläranlagen sind der Gemeinde schriftlich anzuzeigen und bedürfen der Anschlussgenehmigung durch die Gemeinde; § 7 Abs. 6 bleibt unberührt. Anschlussleitungen und Grundstückskläranlagen sind nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik herzustellen und zu betreiben.
- (2) Die Anzeige muss eine zeichnerische Darstellung enthalten, aus der Anzahl, Führung, lichte Weite und technische Ausführung der Anschlussleitungen sowie die Lage der Kontrollschächte hervorgehen. Sie ist zu unterschreiben und in zweifacher Ausfertigung bei der Gemeinde einzureichen.
- (3) Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage darf erst erfolgen, nachdem die Gemeinde die Hauskläranlage, die Anschlussleitung und den Kontrollschacht abgenommen und die Anschlussgenehmigung erteilt hat. Bei der Abnahme müssen die Anlagen sichtbar und gut zugänglich sein. Durch die Abnahme übernimmt die Gemeinde keine zivilrechtliche Haftung für die fehlerfreie und vorschriftsmäßige Ausführung der Anlagen.
- (4) Für das bauaufsichtliche Verfahren gelten im Übrigen die landesrechtlichen Bestimmungen.

## **II. Abschnitt**

### **Besondere Bestimmungen für zentrale Abwasseranlagen**

## **§ 10**

### **Anschlusskanal**

- (1) Jedes Grundstück muss einen eigenen, unmittelbaren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage haben. Die Lage und lichte Weite des Anschlusskanals und die Anordnung der Revisionsschächte bestimmt die Gemeinde.
- (2) Auf Antrag kann ein Grundstück zwei oder mehrere Anschlüsse auf Kosten des Anschlussnehmers erhalten. Die Gemeinde kann ausnahmsweise den Anschluss mehrere Grundstücke an einen gemeinsamen Anschlusskanal zulassen. Diese Ausnahme setzt voraus,

dass die beteiligten Grundstückseigentümer die Verlegung, Unterhaltung und Benutzung der Grundstücksentwässerungsanlagen auf dem jeweils fremden Grundstück grundbaulich oder durch Eintragung einer Baulast gesichert haben. Dadurch vermindert sich aber nicht die Höhe des Anschlussbeitrages.

- (3) Die Gemeinde lässt den Anschlusskanal für die Abwasserbeseitigung herstellen. Anschlusskanal ist die Anschlussleitung von dem Straßenkanal (Sammler) bis zur Grenze des zu entwässernden Grundstücks, ohne Kontrollschacht und Leitungen auf dem Grundstück bei Entwässerung im Freigefälle.
- (4) Ergeben sich bei der Ausführung der Anschlusskanäle unvorhersehbare Schwierigkeiten, die auch ein Abweichen von dem genehmigten Plan erfordern können, so hat der Grundstückseigentümer den dadurch für die Anpassung seiner Grundstücksentwässerungsanlage entstehenden Aufwand zu tragen. Der Grundstückseigentümer kann keine Ansprüche geltend machen für Nachteile, Erschwernis und Aufwand, die durch solche Änderungen der Anschlusskanäle beim Bau und beim Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlage entstehen.
- (5) Die Gemeinde hat den Anschlusskanal zu unterhalten und bei Verstopfung zu reinigen. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer, wenn die Reinigung und die Unterhaltung durch sein Verschulden erforderlich geworden ist.
- (6) Der Grundstückseigentümer darf den Anschlusskanal nicht ohne Genehmigung der Gemeinde verändern oder verändern lassen.

## **§ 11**

### **Grundstücksentwässerungsanlage**

- (1) Die Entwässerungsanlage auf dem anzuschließenden Grundstück ist von dem Grundstückseigentümer nach den jeweils geltenden Regeln der Technik, gem. DIN 4261 und nach den Bestimmungen dieser Satzung auf eigene Kosten zu errichten und zu betreiben. Ist für das Ableiten der Abwässer in den Anschlusskanal ein natürliches Gefälle nicht vorhanden oder besteht Rückstaugefahr, die durch eine Rückstausperrvorrichtung nicht sicher beseitigt werden kann, so muss eine Abwasserhebeanlage, die den Anforderungen der DIN 1986 genügen muss, eingebaut werden.
- (2) Die Verfüllung von Rohrgräben hat nach DIN 18300 zu erfolgen. Die Herstellung von Rohrgräben, das Verlegen des Hausanschlusses bis zum Revisionschacht sowie das Verfüllen der Rohrgräben muss sach- und fachgerecht erfolgen.
- (3) Die Grundstücksentwässerungsanlage darf erst nach ihrer Abnahme durch die Gemeinde in Betrieb genommen werden. Bis zur Abnahme dürfen Rohrgräben nicht verfüllt werden. Werden bei der Abnahme Mängel festgestellt, so sind dieser innerhalb einer zu stellenden Frist zu beseitigen. Die Abnahme befreit

den Grundstückseigentümer nicht von seiner Haftung für den ordnungsgemäßen Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage.

- (4) Die Grundstücksentwässerungsanlage ist stets in einem einwandfreien und betriebsfähigen Zustand zu erhalten. Werden Mängel festgestellt, so kann die Gemeinde fordern, dass die Grundstücksentwässerungsanlage auf Kosten des Grundstückseigentümers in den vorschriftsmäßigen Zustand gebracht wird.
- (5) Entsprechen vorhandene Grundstücksentwässerungsanlagen nicht oder nicht mehr den jeweils geltenden Bestimmungen im Sinne des Abs. 1, so hat der Grundstückseigentümer sie auf Verlangen der Gemeinde auf eigene Kosten entsprechend anzupassen. Für die Anpassung ist dem Grundstückseigentümer eine angemessene Frist einzuräumen. Der Grundstückseigentümer ist zur Anpassung auch dann verpflichtet, wenn Änderungen an der öffentlichen Abwasseranlage das erforderliche machen. Die Anpassungsmaßnahmen bedürfen der Genehmigung durch die Gemeinde.

## **§ 12**

### **Überwachung der Grundstücksentwässerungsanlage**

- (1) Der Gemeinde oder ihren Beauftragten ist zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage oder zur Beseitigung von Störungen sofort und ungehindert Zutritt zu dieser Anlage, zu den Abwasservorbehandlungsanlagen und zu den Abwasseranfallstellen zu gewähren. Sie sind berechtigt, notwendige Maßnahmen anzuordnen, insbesondere das eingeleitete oder einzuleitende Abwasser zu überprüfen und Proben zu entnehmen.
- (2) Alle Teile der Grundstücksentwässerungsanlage, insbesondere Vorbehandlungsanlagen, Abwasserhebeanlagen, Revisionschächte, Rückstauverschlüsse sowie Abwasserbehandlungsanlagen müssen zugänglich sein.
- (3) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, alle zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

## **§ 13**

### **Sicherung gegen Rückstau**

- (1) Rückstauenebene ist die Straßenoberfläche vor dem anzuschließenden Grundstück. Unter dem Rückstau liegende Räume, Schächte, Schmutzwasserabläufe usw. müssen nach den technischen Bestimmungen für den Bau von Grundstücksentwässerungsanlagen gem. DIN 1986 gegen Rückstau gesichert sein. Die Sperrvorrichtungen sind dauernd geschlossen zu halten und dürfen nur bei Bedarf geöffnet werden.
- (2) Wo die Absperrvorrichtungen nicht dauernd geschlossen sein können oder die angrenzenden Räume unbedingt gegen Rückstau geschützt werden müssen,

z. B. Wohnungen, gewerbliche Räume, Lagerräume für Lebensmittel oder andere wertvolle Güter, ist das Schmutzwasser nach Maßgabe der Ziff. 7 1986 mit einer automatisch arbeitenden Abwasserhebeanlage bis über die Rückstauenebene zu heben.

#### **§ 14 Indirekteinleiterkataster**

- (1) Die Gemeinde führt ein Kataster über Indirekteinleitungen in die öffentliche Abwasseranlage, deren Beschaffenheit erheblich vom häuslichen Abwasser abweicht.
- (2) Bei Indirekteinleitungen im Sinne von Abs. 1 sind der Gemeinde mit der Anzeige nach § 9, bei bestehenden Anschlüssen binnen 3 Monaten nach Inkrafttreten dieser Satzung, die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge zu benennen. Auf Anforderung der Gemeinde hat der hat der Einleiter Auskunft über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und ggfs. die Vorbehandlung von Abwasser zu erteilen. Soweit es sich um nach der Indirekteinleiterverordnung genehmigungspflichtige Einleitungen handelt, genügt in der Regel die Vorlage des Genehmigungsbescheides der Wasserbehörde.

### **III. Abschnitt Besondere Vorschriften für die Entleerung der Hauskläranlagen**

#### **§ 15 Hauskläranlagen**

- (1) Die Entleerung der Hauskläranlagen wird in einer besonderen Satzung der Gemeinde Böklund geregelt.

### **IV. Abschnitt Schlussvorschriften**

#### **§ 16 Maßnahmen an der öffentlichen Abwasseranlage**

- (1) Einrichtungen öffentlicher Abwasseranlagen dürfen nur von Beauftragten der Gemeinde oder mit Zustimmung der Gemeinde betreten werden. Eingriffe an öffentlichen Abwasseranlagen sind unzulässig.

## **§ 17 Anzeigepflichten**

- (1) Entfallen für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschlusszwanges (§ 7 Abs. 1), so hat der Grundstückseigentümer dies unverzüglich dem Amt Südangeln mitzuteilen.
- (2) Gelangen gefährliche oder schädliche Stoffe in eine der Abwasseranlagen, so ist das Amt Südangeln unverzüglich zu unterrichten.
- (3) Der Grundstückseigentümer hat Betriebsstörungen oder Mängel am Anschlusskanal unverzüglich dem Amt Südangeln mitzuteilen.
- (4) Wechselt das Eigentum an einem Grundstück, so hat der bisherige Eigentümer die Rechtsänderung unverzüglich dem Amt Südangeln schriftlich mitzuteilen. Zu dieser Mitteilung ist auch der neue Grundstückseigentümer verpflichtet.
- (5) Wenn Art und Menge des Abwassers sich erheblich ändern, z. B. bei Produktionsumstellungen, so hat der Grundstückseigentümer dies unverzüglich dem Amt Südangeln mitzuteilen.

## **§ 18 Altanlagen**

- (1) Anlagen, die vor dem Anschluss an eine öffentliche Abwasseranlage der Beseitigung des auf dem Grundstück anfallenden Abwassers dienen, die nicht als Bestandteil der angeschlossenen Grundstücksentwässerungsanlage genehmigt sind, hat der Grundstückseigentümer innerhalb von 3 Monaten seine Kosten so herzurichten, dass sie für die Aufnahme oder Ableitung nicht mehr genutzt werden können.
- (2) Ist ein Grundstück nicht mehr zu entwässern, schließt die Gemeinde den Anschluss auf Kosten des Grundstückseigentümers.

## **§ 19 Vorhaben des Bundes und des Landes**

- (1) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten auch für Vorhaben des Bundes und des Landes, soweit dem gesetzliche Regelungen nicht entgegenstehen.

## **§ 20 Befreiungen**

- (1) Die Gemeinde kann von den Bestimmungen dieser Satzung, soweit sie keine Ausnahmen vorsehen, Befreiung erteilen, wenn die Durchführung dieser Bestimmungen im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte

führen würde und die Befreiung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist und wasserbehördliche Belange nicht berührt werden.

- (2) Die Befreiung kann unter Bedingungen und Auflagen sowie befristet erteilt werden. Sie steht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs.

## **§ 21 Haftung**

- (1) Für Schäden, die durch satzungswidrige Benutzung oder satzungswidriges Handeln entstehen, haftet der Verursacher. Dies gilt insbesondere, wenn entgegen dieser Satzung schädliche Abwässer oder sonstige Stoffe in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet werden. Ferner hat der Verursacher die Gemeinde von allen Ersatzansprüchen freizustellen, die andere deswegen bei ihr geltend machen.
- (2) Der Grundstückseigentümer haften außerdem für alle Schäden und Nachteile, die der Gemeinde durch den mangelhaften Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage, ihr vorschriftswidriges Benutzen und ihr nicht sachgemäßes Bedienen entstehen.
- (3) Wer durch Nichtbeachtung der Vorschriften dieser Satzung, insbesondere § 6, die Erhöhung der Abwassergabe (§ 9 Abs. 5 AbwAG) verursacht, hat der Gemeinde den erhöhten Betrag der Abwasserabgabe zu erstatten.
- (4) Mehrere Verursacher haften als Gesamtschuldner.
- (5) Bei Überschwemmungsschäden als Folge von
1. Rückstau in der öffentlichen Abwasseranlage, z. B. Hochwasser, Wolkenbrüche, Frostschäden oder Schneeschmelze,
  2. Betriebsstörungen, z. B. Ausfall eines Pumpwerkes,
  3. Behinderungen des Abwasserabflusses, z. B. Kanalbruch oder Verstopfung,
  4. zeitweiliger Stilllegung der öffentlichen Abwasseranlage, z. B. bei Reinigungsarbeiten im Straßenkanal oder Ausführung von Anschlussarbeiten,

hat der Grundstückseigentümer einen Anspruch auf Schadenersatz nur, soweit die eingetretenen Schäden von der Gemeinde schuldhaft verursacht worden sind. Andernfalls hat der Grundstückseigentümer die Gemeinde von allen Ersatzansprüchen freizustellen, die andere deswegen bei ihr geltend machen.

## **§ 22 Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig nach § 144 Abs. 2 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen

1. § 7 Abs. 1 sein Grundstück nicht rechtzeitig an die öffentliche Abwasseranlage anschließen lässt,
  2. § 7 Abs. 2 das bei ihm anfallende Abwasser nicht in die öffentliche Abwasseranlage ableitet,
  3. § 7 Abs. 5 sein Grundstück nicht nach dem vorgeschriebenen Verfahren entwässert,
  4. § 9 erforderliche Genehmigung nicht einholt,
  5. § 9 den Anschluss seines Grundstücks an die öffentliche Abwasseranlage nicht beantragt,
  6. § 6 Abs. 2 und § 14 Abwasser einleitet,
  7. § 11 Abs. 3 die Grundstücksentwässerungsanlage oder auch Teile hiervon vor der Abnahme in Betrieb nimmt oder Rohrgräben vor der Abnahme verfüllt,
  8. § 11 Abs. 4 die Entwässerungsanlage seines Grundstücks nicht ordnungsgemäß betreibt,
  9. § 12 Beauftragten der Gemeinde nicht ungehindert Zutritt zu allen Teilen der Grundstücksentwässerungsanlage gewährt,
  10. § 12 Abs. 3 die erforderlichen Auskünfte nicht erteilt,
  11. § 16 die öffentliche Abwasseranlage betritt oder sonstige Maßnahmen an ihr vornimmt,
  12. § 17 seine Anzeigepflichten nicht oder nicht unverzüglich erfüllt.
- (2) Ordnungswidrig nach § 134 Abs. 5 GO handelt, wer dem Anschluss- und Benutzungszwang nach § 7 zuwiderhandelt.
- (3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße in Höhe bis 51.200 € geahndet werden.

## **§ 23 Abgaben**

- (1) Für die Herstellung und die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage werden nach Maßgabe besonderer Satzung Gebühren erhoben und Erstattungsbeträge gefordert.

## **§ 24 Datenverarbeitung**

- (1) Zur Ermittlung der Anschlussberechtigten und Anschlussverpflichteten nach dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten, die aus der Prüfung des gemeindlichen Vorkaufsrechts nach §§ 24 bis 28 BauGB und § 3 WobauErIG der Gemeinde bekanntgeworden sind sowie aus dem Grundbuchamt, den Unterlagen der unteren Bauaufsichtsbehörde und des Katasteramtes durch die Gemeinde zulässig. Die Gemeinde darf sich dieser Daten von den genannten Ämtern und Behörden übermitteln lassen und zum Zwecke der Ermittlung der Anschlussberechtigten und Anschlussverpflichteten nach dieser Satzung weiterverarbeiten.

- (2) Die Gemeinde ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Anschlussberechtigten und Anschlussverpflichteten mit den für die Aufgaben nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Ermittlung der Anschlussberechtigten und Anschlussverpflichteten nach dieser Satzung sowie zum Aufbau einer Anlagenmängeldatei, Schadensdatei, Indirekteinleiterkataster zu verwenden und weiterzuverarbeiten.
- (3) Die Verwendung von Datenträgern ist zulässig.

## **§ 25 Übergangsregelung**

- (1) Die vor Inkrafttreten der Satzung eingeleiteten Genehmigungsverfahren werden nach den Vorschriften dieser Satzung weitergeführt.
- (2) Soweit mit dem Inkrafttreten dieser Satzung die Anschlussvoraussetzungen gegeben sind und das Grundstück noch nicht an eine öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung angeschlossen ist, ist der Entwässerungsantrag gem. § 8 dieser Satzung spätestens drei Monate nach ihrem Inkrafttreten einzureichen.

## **§ 26 Inkrafttreten**

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.
- (2) Die Abwassersatzung vom 12.12.1996 tritt außer Kraft.

Uelsby, den 21.09.2016

(Siegel)

gez. Lund  
(Der Bürgermeister)

Mitteilungsblatt Nr. \_\_\_\_ vom \_\_.\_\_.2016, Seite \_\_\_\_\_



# **SATZUNG**

## **über die Erhebung von Gebühren für die zentrale Abwasserbeseitigung der Gemeinde Uelsby vom 21.09.2016**

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) und der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG), und des § 23 der Abwasserbeseitigungssatzung der Gemeinde Uelsby vom 21.09.2016 – jeweils in der zur Zeit geltenden Fassung – wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung Uelsby vom 12.09.2016 folgende Satzung erlassen:

### **INHALTSVERZEICHNIS**

- I. Abschnitt: Allgemeines**
  - § 1 Allgemeines
  
- II. Abschnitt: Schmutzwassergebühr**
  - § 2 Grundsatz
  - § 3 Gebührenmaßstab für die Schmutzwasserbeseitigung
  - § 4 Erhebungszeitraum
  - § 5 Entstehung des Gebührenanspruches
  - § 6 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht
  - § 7 Gebührenpflichtige
  - § 8 Veranlagung und Fälligkeit
  - § 9 Gebührensätze
  
- III. Abschnitt: Schlussbestimmungen**
  - § 10 Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht
  - § 11 Datenverarbeitung
  - § 12 Ordnungswidrigkeiten
  - § 13 Inkrafttreten

#### **I. Abschnitt Allgemeines**

##### **§ 1 Allgemeines**

- (1) Die Gemeinde betreibt die Abwasserbeseitigung nach Maßgabe der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Abwasserbeseitigungssatzung) vom 21.09.2016 als eine selbständige öffentliche Einrichtung zur zentralen Abwasserbeseitigung.
  
- (2) Die Gemeinde erhebt nach Maßgabe dieser Satzung Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Schmutzwasserbeseitigungsanlagen (Abwassergebühr).

- (3) Die Benutzungsgebühren ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück.

## **II. Abschnitt Schmutzwassergebühr**

### **§ 2 Grundsatz**

- (1) Für die Vorhaltung und die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen werden Abwassergebühren für die Grundstücke erhoben, die an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen angeschlossen sind oder in diese entwässern.
- (2) Die Abwassergebühren werden zur Deckung der Kosten der laufenden Verwaltung und Unterhaltung der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen einschließlich der Verzinsung des aufgewendeten Kapitals und der Abschreibung erhoben.
- (3) Für die Niederschlagswasserbeseitigung wird eine Gebühr nicht erhoben.

### **§ 3 Gebührenmaßstab für die Schmutzwasserbeseitigung**

- (1) Die Abwassergebühr für die Schmutzwasserbeseitigung wird nach der Abwassermenge bemessen, die in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt. Berechnungseinheit für die Gebühr ist 1 cbm Abwasser.
- (2) Als in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt gelten
- a) die dem Grundstück aus öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte und durch Wasserzähler ermittelte Wassermenge,
  - b) die auf dem Grundstück gewonnene und dem Grundstück sonst zugeführte Wassermenge,
  - c) die tatsächlich eingeleitete Abwassermenge bei Bestehen einer Abwassermesseinrichtung.
- (3) Hat der Wasserzähler oder eine Abwassermesseinrichtung nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so wird die Wasser- bzw. Schmutzwassermenge von der Gemeinde bzw. dem Amt Südangeln unter Zugrundelegung des Verbrauchs bzw. der Einleitungsmenge des vorangegangenen Erhebungszeitraumes (§ 4) und unter Berücksichtigung der begründeten Angaben des Gebührenpflichtigen geschätzt.

- (4) Die Wassermenge nach Abs. 2 Buchstabe a), die aus privaten Wasserversorgungsanlagen entnommen wurde, und die Wassermenge nach Abs. 2 Buchstabe b) hat der Gebührenpflichtige der Gemeinde oder dem Amt Südangeln für den Erhebungszeitraum (§ 4) bis zum 30.09. des Abrechnungsjahres anzuzeigen. Sie ist durch Wasserzähler nachzuweisen, die die / der Gebührenpflichtige auf ihre / seine Kosten einbauen muss. Die Wasserzähler müssen den Bestimmungen des Eichgesetzes entsprechen. Wenn die Gemeinde auf solche Messeinrichtungen verzichtet, kann sie als Nachweis über die Wassermengen prüfbare Unterlagen verlangen. Sie ist berechtigt, die Wassermengen zu schätzen, wenn diese auf andere Weise nicht ermittelt werden können.
- (5) Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentliche Abwasserbeseitigung gelangt sind, werden auf Antrag abgesetzt. Der Antrag für ein Abrechnungsjahr ist bis zum 30.09. des Abrechnungsjahres zu stellen. Für den Nachweis gilt Abs. 4 sinngemäß. Zusätzliche Wasserzähler sind an Stellen einzubauen, hinter denen nur Wasser entnommen wird, das nicht der Abwasserbeseitigungsanlage zugeführt wird. Die Gemeinde kann nach Anhörung des Antragstellers auf dessen Kosten Gutachten anfordern. Zuviel erhobene Gebühren sind zu verrechnen oder zu erstatten.
- (6) Bei landwirtschaftlichen Grundstücken, auf denen nachweislich, insbesondere zur Tränkung des Viehs, Wasser der Wasserversorgungsanlage entnommen wird, welches nicht in das öffentliche Kanalnetz gelangt, wird eine jährliche Schmutzwassermenge von 45 cbm pro Person zugrunde gelegt.
- (7) Ist der Einbau von Wasserzählern wegen der baulichen Gegebenheiten oder aus sonstigen Gründen nicht zumutbar und kann deshalb insbesondere bei landwirtschaftlichen Betrieben die für die Viehhaltung verbrauchte oder zurückgehaltene Wassermenge nicht durch Wasserzähler nachgewiesen werden, wird die Wassermenge von 45 cbm je Haushaltsangehörigen und Jahr zugrunde gelegt.
- (8) Lässt die / der Gebührenpflichtige bei privaten Versorgungsanlagen keinen Wasserzähler einbauen, ist die Gemeinde / das Amt Südangeln berechtigt, die aus diesen Anlagen zugeführte Wassermenge zu schätzen. Es werden dabei mindestens 45 cbm je Haushaltsangehörigen und Jahr zugrunde gelegt.
- (9) Maßgebend für die Berechnung der Schmutzwassermenge ist die Anzahl der Personen, die am 01. Oktober des Jahres mit Hauptwohnung für das entsprechende Grundstück gemeldet sind.

#### **§ 4 Erhebungszeitraum**

- (1) Erhebungszeitraum bzw. Abrechnungsjahr ist jeweils die Zeit vom 01.10. eines Jahres bis zum 30.09. des Folgejahres.

## **§ 5**

### **Entstehung des Gebührenanspruches**

- (1) Der Gebührenanspruch entsteht mit der Inanspruchnahme durch die Einleitung. Die Abrechnung entstandener Ansprüche erfolgt jährlich (§ 4); vierteljährlich werden Vorauszahlungen erhoben (§ 8).
- (2) Wechselt der Gebührenschuldner während des Jahres, entsteht der Anspruch damit für den abgelaufenen Teil des Jahres. Bis zur Anzeige des Wechsels sind der bisherige und der neue Gebührenschuldner Gesamtschuldner.

## **§ 6**

### **Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht**

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht, sobald das Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen ist und der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage von dem Grundstück Abwasser zugeführt wird.
- (2) Die Gebührenpflicht endet mit Ablauf des Monats, in dem der Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage entfällt oder die Zuführung von Schmutzwasser endet und dies der Gemeinde bzw. dem Amt Südangeln schriftlich mitgeteilt wird.

## **§ 7**

### **Gebührenpflichtige**

- (1) Gebührenpflichtig ist der / die Eigentümer/in des Grundstücks, bei Wohnungs- oder Teileigentum der / die Wohnungs- und Teileigentümer/in. Ist das Grundstück mit Erbbaurecht belastet, ist der / die Erbbauberechtigte anstelle der Eigentümerin / des Eigentümers gebührenpflichtig. Die Wohnungs- und Teileigentümer einer Eigentümergemeinschaft sind Gesamtschuldner der auf ihr gemeinschaftliches Grundstück entfallenden Gebühren. Miteigentümer oder mehrere aus dem gleichen Grund dinglich Berechtigte sind Gesamtschuldner.
- (2) Beim Wechsel der / des Gebührenpflichtigen geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf den Übergang folgenden Monats auf die / den neuen Pflichtige/n über. Wenn die / der bisherige Gebührenpflichtige die Mitteilung über den Wechsel (§ 10) versäumt hat, so haftet sie / er für die Gebühren, die für den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung bei der Gemeinde entfallen, neben der / dem neuen Pflichtigen.

## **§ 8**

### **Veranlagung und Fälligkeit**

- (1) Die Gebühren werden durch schriftlichen Bescheid, der mit einem Bescheid über andere Abgaben verbunden werden kann, festgesetzt.

- (2) Die Gebühr wird nach der Menge des im vorhergehenden Abrechnungsjahr anfallenden Abwassers vorläufig berechnet. Das vorhergehende Abrechnungsjahr wird gleichzeitig endgültig abgerechnet.
- (3) Bestand im Vorjahr noch keine Gebührenpflicht oder hat sich der Benutzungsumfang seitdem wesentlich geändert, wird die zugrunde zulegende Abwassermenge geschätzt.
- (4) Bei Beendigung der Gebührenpflicht oder bei einem Wechsel des Gebührenpflichtigen wird unverzüglich die zugeführte Abwassermenge ermittelt und abgerechnet.
- (5) Auf die nach Ablauf des Erhebungszeitraumes festzusetzenden Gebühren sind Vorauszahlungen zu leisten, deren Höhe auf Grundlage der Berechnungsdaten des Vorjahres festgesetzt wird. Die Vorauszahlung wird in Vierteljahresbeträgen jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Die durch bisherigen Bescheid festgesetzten Vierteljahresbeträge sind innerhalb des nächsten Jahres zu den angegebenen Zeitpunkten so lange zu zahlen, wie der neue Bescheid noch nicht erteilt worden ist.
- (6) Bei der Neuveranlagung ist die Gebühr für verstrichene Fälligkeitszeitpunkte innerhalb von 14 Tagen nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig. Dasselbe gilt für die Abrechnung von Schätzungen.

## **§ 9 Gebührensatz**

- (1) Die Schmutzwassergebühr beträgt 1,35 € je cbm Schmutzwasser.

## **III. Abschnitt Schlussbestimmungen**

### **§ 10 Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht**

- (1) Die Gebührenpflichtigen haben der Gemeinde bzw. dem Amt Südangeln jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben nach dieser Satzung erforderlich ist. Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist der Gemeinde bzw. dem Amt Südangeln sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. Sind auf dem Grundstücks Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen (z. B. grundstückseigene Brunnen, Wasserzuführungen, Wasser- oder Abwassermessvorrichtungen), so hat der Gebührenpflichtige dies unverzüglich der Gemeinde schriftlich anzuzeigen; dieselbe Verpflichtung besteht für ihn, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden. Beauftragte der Gemeinde bzw. des Amtes Südangeln dürfen nach Maßgabe der Abgabenordnung Grundstücke betreten,

um Bemessungsgrundlagen für die Abgabenerhebung festzustellen oder zu überprüfen; die Gebührenpflichtigen haben dies zu ermöglichen.

## **§ 11 Datenverarbeitung**

- (1) Zur Ermittlung der Gebührenpflichtigen und zur Festsetzung der Gebühren im Rahmen der Veranlagung nach dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten, die aus der Prüfung des gemeindlichen Vorkaufsrechts nach §§ 24 bis 28 BauGB und § 3 WoBauErlG der Gemeinde bekannt geworden sind, sowie aus dem Grundbuchamt, den Unterlagen der unteren Bauaufsichtsbehörde und des Katasteramtes durch die Gemeinde zulässig. Die Gemeinde darf sich diese Daten von den genannten Ämtern und Behörden übermitteln lassen und zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung weiter verarbeiten.
- (2) Soweit die Gemeinde die öffentliche Wasserversorgung selbst betreibt, ist sie berechtigt, die im Zusammenhang mit der Wasserversorgung angefallenen und anfallenden personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten und Wasserverbrauchsdaten für Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiter zu verarbeiten.
- (3) Soweit die Gemeinde sich bei der öffentlichen Wasserversorgung eines Dritten bedient oder in der Gemeinde die öffentliche Wasserversorgung durch einen Dritten erfolgt, ist die Gemeinde berechtigt, sich die zur Feststellung der Abgabepflichtigen und zur Festsetzung der Abgaben nach dieser Satzung erforderlichen personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten und Wasserverbrauchsdaten von diesen Dritten mitteilen zu lassen und diese Daten zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung weiter zu verarbeiten.
- (4) Die Gemeinde ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Gebührenpflichtigen und von nach den Absätzen 1 bis 3 anfallenden Daten ein Verzeichnis der Gebührenpflichtigen mit den für die Gebührenerhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Gebührenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiter zu verarbeiten.

## **§ 12 Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Zuwiderhandlungen gegen Pflichten nach § 10 der Satzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 des KAG.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis 500,00 € geahndet werden.

**§ 13**  
**Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt zum 01.10.2016 in Kraft.  
Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung vom 16.12.1996 außer Kraft.

Uelsby, den 21.09.2016

(Siegel)

gez. Hartmut Lund

Hartmut Lund  
Bürgermeister

Veröffentlicht im Mitteilungsblatt des Amtes Südangeln

Nr. \_\_\_\_\_ vom \_\_\_\_\_.\_\_\_\_.2016 Seite \_\_\_\_\_



Gemeinde SCHAALBY  
Der Bürgermeister

Gemeinde BRODEBSBY  
Der Bürgermeister



## Kindergartenausschuss

Amt Südangeln \* Postfach 11 52 \* 24858 Böklund

Mitteilungsblatt

Toft 7, 24860 Böklund

☎ Amtsverwaltung 04623 78-0  
☎ Frau Essmann 04623 78-410  
[andrea.essmann@amt-suedangeln.de](mailto:andrea.essmann@amt-suedangeln.de)  
Telefax 04623 78-400

☎ Ausschussvors.. 04622 180 946

Böklund, den 19.09.2016

## Einladung

zu einer **Sitzung des Kindergartenausschusses für die ev. Kindertagesstätte Schaalby**

---

**Sitzungstermin: Mittwoch, 28.09.2016, 19:30 Uhr**

**Ort, Raum: Ev. Kindertagesstätte Schaalby**

---

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Festsetzung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift vom 08. Dezember 2015
3. Bericht des Ausschussvorsitzenden
4. Bericht aus der Kindertagesstätte
5. Beratung und Beschlussfassung über Schallschutzmaßnahmen im Kita-Gebäude

**VO/2016/0713**

#### Voraussichtlich nichtöffentlicher Teil

6. Beratung über die Schaffung weiterer Räumlichkeiten für den Kita-Betrieb

**VO/2016/0714**

#### Öffentlicher Teil

7. Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
8. Verschiedenes

Mit freundlichem Gruß  
gez. Karsten Stühmer  
Ausschussvorsitzender

Gemeinde Brodersby  
Der Bürgermeister  
- Jugend-, Kultur- und Touristikausschuss-



Gemeinde Brodersby \* Postfach 11 52 \* 24858 Böklund

Mitteilungsblatt

Toft 7, 24860 Böklund

☎ Amtsverwaltung 04623 78-0  
Telefax 04623 78-400

☎ Ausschussvors. 04622 414 194

Böklund, den 19.09.2016

## Einladung

zu einer **Sitzung des Jugend-, Kultur- und Touristikausschusses der Gemeinde Brodersby**

---

**Sitzungstermin: Donnerstag, 06.10.2016, 19:30 Uhr**

**Ort, Raum: Geeler Krog, Geeler Weg 4, 24864 Brodersby**

---

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Festsetzung der Tagesordnung
2. Benennung eines Protokollführers / einer Protokollführerin
3. Bericht des Ausschussvorsitzenden
4. Einwohnerfragestunde
5. Nachbesprechung Dorffest 2016
6. Organisation Kulturabend am 4. November 2016
7. Organisation Adventspunsch am 25. November 2016
8. Spielplatz Aktion "Frühjahrsputz"
9. Verschiedenes

Mit freundlichem Gruß

gez. Heike Reimers  
Ausschussvorsitzende

Gemeinde Struxdorf  
Der Bürgermeister  
- Ausschuss für Kultur, Jugend und Sport -



Gemeinde Struxdorf \* Postfach 11 52 \* 24858 Böklund

Mitteilungsblatt

Toft 7, 24860 Böklund

☎ Amtsverwaltung 04623 78-0  
Telefax 04623 78-400

☎ Bürgermeister 04623 238  
☎ Ausschussvors. 04623 10 53

Böklund, den 22.09.2016

## Einladung

zu einer **Sitzung des Ausschusses für Jugend, Kultur und Sport**

---

**Sitzungstermin: Mittwoch, 28.09.2016, 19:30 Uhr**

**Ort, Raum: Dörps- und Schüttenhus, Hollmühle 37, 24891 Struxdorf**

---

### Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Festsetzung der Tagesordnung
2. Bericht des Ausschussvorsitzenden
3. Einwohnerfragestunde
4. Rückblick auf das Sommerprogramm
5. Angebote für Herbst und Winter
6. Verschiedenes

Mit freundlichem Gruß

gez. Silke Andresen  
Ausschussvorsitzende